



Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“

Sitz: Wohnpark am Stienitzsee 4

15378 Hennickendorf

Telefon: 033434 155415

E-Mail: possin@gesund-am-stienitzsee.de

Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“
Wohnpark am Stienitzsee 7, 15378 Hennickendorf

Offener Brief an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen und Landtagswahl 2014

Hennickendorf, den 20.05.14

Sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten,

Wie Sie wissen, stellte die Firma Vattenfall Europe New Energy Ecopower GmbH am 31.5.2013 beim zuständigen Landesumweltamt Brandenburg (Frankfurt Oder) Pläne zum Ausbau ihrer Abfallverbrennungsanlage in Rüdersdorf. Demnach beantragt Vattenfall zukünftig bis zu 20.000 Tonnen mehr zu verbrennen. Zu den bereits genehmigten 30 Abfallschlüsselnummern, werden jetzt weitere 20 beantragt. Darunter auch Sperrmüll, Krankenhausabfälle und Klärschlämme aus industriellen und kommunalen Abwasser-Behandlungsanlagen. Kontrollen des angelieferten Mülls will Vattenfall zugleich abbauen. Gegen die Erweiterung der Anlage gibt es massive Proteste der Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Rüdersdorf und der umliegenden Gemeinden.

Im Verlauf der Anfang April durchgeführten Anhörung wurde deutlich, dass die Antragsunterlagen unzureichend sind und grobe Fehler ausweisen. Mehrfach wurde auf die von der Bürgerinitiative vorgetragene Anträge von der Behörde zugesagt, die kritische Prüfung der Unterlagen vorzunehmen, oder von Vattenfall neu vorlegen zu lassen. Selbst das vom LUGV beauftragte TÜV Gutachten muss möglicherweise nicht nur nachgebessert, sondern erneut beauftragt werden.

- Zum Verfahren hätte eine **Umweltverträglichkeitsprüfung** vorgelegt werden müssen, die angestellte Vorprüfung weist schwere methodische Fehler auf – diese wurde vom LUGV anerkannt und eine Wiederholung unter Berücksichtigung aller Änderungen der Anlage seit 2007 zugesagt.
- Das **TÜV-Gutachten** wurde durch die Sach- und Rechtsbeistände grundlegend erschüttert, die dortige Schlussfolgerung, dass die Anlage den Stand der Technik einhält, ist deshalb nicht belastbar.
- Die **Immissionsprognose** für Luftschadstoffe ist unbrauchbar, da für die Betrachtung nur eine Differenz der Zusatzbelastungen 2007 und 2013 zugrunde gelegt wurde und es sich hierbei um einen schwerwiegenden methodischen Fehler handelt. Diese Vorgehensweise entspricht weder der TA Luft noch der diesbezüglichen Rechtsprechung – auch dieser Vorwurf wurde vom LUGV geteilt – bei zutreffender Betrachtung wird sowohl bei Quecksilber als auch bei PCDD/F und Zinn die **Irrelevanzschwelle überschritten**, sodass die Kenngrößen für die Vorbelastung hätten ermittelt werden müssen.

- Speziell bei **Dioxinen und Furanen** (krebserregend) ist die Prognose in sich nicht nachvollziehbar – hier wurde vom LUGV eine kritische Prüfung zugesagt. Deshalb es wurde eine **neue Immissionsprognose** beantragt.
- Die **kumulierenden Vorbelastungen** hätten mit Bezug zu den **FFH-Gebieten der Region Rüdersdorf** insgesamt erfasst werden müssen, was nicht erfolgt ist. Der „**Critical Load**“ **aller Stickstoffeinträge** wird bereits durch die vorhandenen Anlagen erreicht. Erlaubt sind damit nur irrelevante Zusatzbelastungen. Vattenfall hat bisher keinen Nachweis erbracht, dass die Irrelevanzschwelle nicht überschritten wird – es muss deshalb eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden – auch diesen Fakt will das LUGV kritisch prüfen.
- Die Lärmprognose weist dieselben methodischen Fehler auf wie die Luftschadstoffprognose (und die Geruchsprognose). Vattenfall hat – auch nach Auffassung des LUGV – bisher keinen Nachweis erbracht, dass die Anlage die geltenden Lärmgrenzwerte einhält.

Eine Kernforderung ist die Messung der zusätzlichen Umweltbelastung, die von den Industrieanlagen in Rüdersdorf für die umliegenden Siedlungsgebiete ausgeht. Seit Rückbau der Messstation in 2011 wurden keine Messwerte erhoben. Als Bürgerinitiative haben wir die öffentliche Diskussion zur Neuerrichtung solcher Messstellen nachhaltig initiiert und die politischen Entscheidungsträger, Bürgermeister und Landrat in Ihrer Forderung gegenüber der Umweltministerin unterstützt. Es ist für die Bürger unerträglich, dass trotz vieler Versprechungen immer noch keine Entscheidung getroffen wurde, diese Messstationen durch das LUGV einzurichten. Deshalb wird die Bürgerinitiative in Vorbereitung der Kommunalwahlen und darüber hinaus eine Petition an die Landesregierung richten. Wir bitten Sie diese Petition unter dem Motto „**FÜR MESS-STATIONEN IN DER REGION RÜDERSDORF JETZT!**“ zu unterstützen und uns die Möglichkeit einzuräumen dies auch zu veröffentlichen.

In der Anlage zu unserem Schreiben haben wir den Petitionstext angefügt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Ramona Schmid
erste Vorsitzende